bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 24 | 24. November 2006


## Rechte Szene 2

**„Unsere Zeit ist gekommen"**
Mit ihrem Berliner Parteitag will sich die NPD dem Machtzentrum der Republik annähern. Der „Deutschland-Pakt" mit der DVU soll „punkt- und kommagenau" eingehalten werden.

**Rechte Karrieren**
Zahlreiche NPD-Bundesvorstandsmitglieder sind bereits mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

**Braune Seilschaften**
Die Burschenschaft „Arminia Zürich zu Heidelberg" ist seit vielen Jahren Gastgeber von rechtsextremen Referenten.

**Waffen-SS-Nostalgiker**
Beim diesjährigen „Heldengedenken" im brandenburgischen Seelow gab es immer wieder Auseinandersetzungen mit der Polizei.

**Namenswechsel**
Frühere Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen muss sich umbenennen.

## Ausland 7

**Hassprediger**
David Duke auf Vortragsreise in Osteuropa.

## Grauzone 8

**„Schicksalsgemeinschaft"**
„Eine Gefahr für die Demokratie?" – Experten diskutieren in Stuttgart über die ideologische Ausrichtung und die Ziele der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit".

## Demokratische Initiativen 9

**Aktuell wie eh und je**
Im Anne-Frank-Zentrum in Berlin wird eine neue Dauerausstellung gezeigt.

## Rezension 10

**Chronologie des Entsetzlichen**
Die Verfolgung und Vernichtung der Juden in unterschiedlichen europäischen Ländern und Regionen.

## Blick in die Zeitgeschichte 11

**Ungesühnte Verbrechen**
Mit dem Überfall Japans auf Pearl Harbor vor 65 Jahren begann für die USA der Krieg gegen Japan – das Kaiserreich befand sich seit den 30er Jahren in einem brutalen Eroberungskrieg.

## Meldungen 12

23. Jahrgang | 24 | 24. November 2006

## Rechte Szene

# „Unsere Zeit ist gekommen“

*Mit ihrem Berliner Parteitag will sich die NPD dem Machtzentrum der Republik annähern. Der „Deutschland-Pakt“ mit der DVU soll „punkt- und kommagenau“ eingehalten werden.*

Die Zeiten ändern sich: In einer Waldgaststätte in Königslutter, die ihre beste Zeit längst hinter sich hatte, trafen sich die Delegierten der NPD vor vier Jahren zum Bundesparteitag. Ein wenig „würdiges“ Ambiente. Vor zwei Jahren war es schon eine Mehrzweckhalle im thüringischen Leinefelde. Jetzt sieht sich die NPD angekommen. Zwar nicht mitten in Berlin, aber doch im Stadtteil Reinickendorf tagten rund 230 Delegierte und – nach NPD-Angaben – 350 Gäste am 11. und 12. November beim 31. Bundesparteitag. Und die Annäherung an das Machtzentrum der Republik wäre noch deutlicher geworden, wenn es nach der Parteispitze gegangen wäre: Die hätte sich den Medien, wie Parteichef Udo Voigt sagte, zum Abschluss der Tagung am liebsten in den Räumen der Bundespressekonferenz präsentiert.

Dazu kam es nicht. Doch auch so sieht sich die NPD in doppelter Hinsicht angekommen. Zum einen räumlich: „Zum ersten Bundesparteitag der NPD in der Reichshauptstadt Berlin“ begrüßte Voigt Delegierte und Gäste stolz. Schließlich verfolge man das Ziel, das Land zu regieren, sagte Voigt: „Und dieses Land wird nicht von Leinefelde aus, nicht von Kleinkleckersdorf aus regiert, sondern von hier.“ Zum anderen aber fühlt sich die NPD auch politisch angekommen. „Aus der Mitte des Volkes“ hatte sie ihren Parteitag überschrieben. Dabei gilt ihr nicht nur der Erfolg in Mecklenburg-Vorpommern und der Einzug in vier Berliner Bezirksvertretungen als Beleg, dass man sich genau dort befinde. Gefallen findet Voigt auch an den Ergebnissen der Studie „Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“, die die Friedrich-Ebert-Stiftung wenige Tage vor dem Parteitag vorgelegt hatte. 15 Prozent der Deutschen unterstützen der Studie zufolge die Aussage: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“; 26 Prozent sind der Meinung: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“ Voigt referiert diese Zahlen vor den Delegierten – und erntet viel Beifall. Später, bei der Pressekonferenz, wird er betonen, er habe ja nur die Zahlen referiert, sich die Aussagen nicht zu Eigen gemacht. Vorher, vor den Delegierten, aber folgert er aus der Studie: „Unsere Zeit ist gekommen.“ Das Parteivolk, das zumindest zum allergrößten Teil von der einen, die Volksgemeinschaft repräsentierenden Partei und vom starken Führer träumt, jubelt. Die Bekenntnisse zur Integration „nationaler Sozialisten“ in die NPD, die noch vor zwei Jahren Voigts Rechenschaftsbericht geprägt hatten, kann er sich diesmal sparen: Die Integration offen bekennender Neonazis ist bereits vollzogen beziehungsweise stößt intern kaum noch auf Widerstände. Ein weiterer Grund, dass man sich verbal wieder mehr der „Mitte des Volkes“ widmen kann.

**Udo Voigt seit zehn Jahren an der Parteispitze**

Ihren Partei-„Führer“ statten die Delegierten bei den Wahlen mit einem komfortablen Ergebnis aus: Ohne Gegenstimmen, bei neun Enthaltungen und zwei ungültigen Voten stimmen 221 Delegierte für den 54-Jährigen. Seit zehn Jahren steht Voigt an der Spitze der NPD. Er ist alles andere als ein Charismatiker, nicht einmal ein überzeugender Redner. Und doch hat ihm die Partei einiges zu verdanken. Holger Apfel setzte zur Eloge an: Voigt habe die Spitze der NPD 1996 „auf einem der Tiefpunkte unserer Partei“ übernommen. Die Partei mit ihren gerade noch 2 800 Mitgliedern sei nicht mehr ernst genommen worden, „auch nicht im volkstreuen Widerstand“. Voigt habe die „unseligen Unvereinbarkeitsbeschlüsse gekappt“ und der Partei ein „antikapitalistisches Profil“ gegeben. Heute zähle man über 7 000 Mitglieder „in einer jungen, einer aktiven Partei“.

Auf der Ebene der stellvertretenden Vorsitzenden ging es bei den Wahlen weniger einmütig zu. Wiedergewählt wurden Holger Apfel (181 von 233 Stimmen) und Peter Marx (156 Stimmen). Abgestraft wurde der bisherige Vize Ulrich Eigenfeld, der sich in der Zusammenarbeit mit „Parteifreien“ als Störfaktor hervorgetan hatte und – nach NPD-Maßstäben – eher als „gemäßigt“ gelten kann. Doch auch der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, gerade erst zwei Monate Mitglied der NPD und gleich ein Kandidat für den Vizeposten, schaffte es mit 103 Stimmen nicht. Statt dessen rückte Sascha Roßmüller, bisher im Vorstand

für das Ressort „Tages- und Wirtschaftspolitik“ verantwortlich, mit 157 Stimmen in die Riege der Voigt-Stellvertreter auf. Ausdrücklich zu seinen Gunsten hatte Udo Pastörs auf eine Kandidatur verzichtet, wie der mecklenburg-vorpommersche Fraktionschef erklärte. Eine eindeutige Richtungsentscheidung war die Stellvertreterwahl damit nicht.

**Desaströse finanzielle Situation**

Die beiden Unterlegenen, Eigenfeld und Rieger, werden als Beisitzer dem neuen Vorstand dennoch angehören. Wobei Eigenfeld aber nur auf das zweitschwächste Ergebnis der Gewählten kam. Aus dem Kreis der Beisitzer ausgeschieden sind der Ex-Republikaner und Mitbegründer des Nationalen Bündnisses Dresden, Frank Rohleder, Bundesordnungsdienstleiter Manfred Börm und der NRW-Landesvorsitzende Stephan Haase. Neu im Vorstand sind der stellvertretende Chefredakteur der „Deutschen Stimme“, Andreas Molau, die Pressesprecherin des Rings Nationaler Frauen, Stella Palau aus Berlin, sowie Thomas Wulff, der vor zwei Jahren noch auf eine Kandidatur verzichtet hatte, zwischenzeitlich aber zum Vorstandsmitglied mit beratender Stimme berufen worden war. Zu den Kandidaten, die scheiterten, gehörte unter anderem der Berliner Landeschef Eckart Bräuniger. Während wie bisher der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Stefan Rochow, kraft Amtes Mitglied im NPD-Führungsgremium sein wird, soll dies für den Chef des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (bisher Dennis Witt) nicht mehr gelten. Der NHB dürfte der Parteispitze nicht zuletzt dadurch negativ aufgefallen sein, dass er des Öfteren mit dem aus der Partei ausgetretenen ehemaligen NPD-„Vordenker“ Jürgen Schwab liebäugelte.

Nachdem die NPD früher komplett hinter verschlossenen Türen getagt hatte, waren diesmal – wie bereits in Leinefelde – Medienvertreter für einige Stunden im Saal zugelassen. Die wirklich wichtigen Fragen wurden aber nach wie vor unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt – ob es um die Personalien ging oder um die desaströse Finanzsituation, nachdem die Bundestagsverwaltung angekündigt hatte, rund 870 000 Euro von der NPD zurückfordern zu wollen. Voigt vermied es in seinem Rechenschaftsbericht, auf das Thema einzugehen. Und noch in seinem Schlusswort verharmloste er die Probleme mit der Formulierung von einer lediglich „möglichen“ finanziellen Krise. Erst bei der abschließenden Pressekonferenz musste er sich notgedrungen detaillierter mit der von einem Delegierten als „katastrophal“ bezeichneten Kassenlage der Partei beschäftigen. „Es sieht so aus, dass ein wesentlicher Teil der Summe gezahlt werden muss“, räumte er ein, zeigte sich aber zuversichtlich, dass man das Problem schon 2007 in den Griff bekommen werde. Nicht äußern mochte er sich, ob die NPD auf private Bürgschaften zurückgreifen oder parteieigene Immobilien verpfänden werde. Eine „denkbare Möglichkeit“ sei auch die Aufnahme eines Kredites im Ausland. Angesichts der Finanzlage kündigte Voigt eine „Personalstraffung“ und einen Verzicht auf einen weiteren personellen Ausbau der Parteizentrale im nächsten Jahr an. Neben ihm saß mit dem DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey einer, der offenbar weiß, wie man mit Parteischulden umgeht. Es sei, sagte Frey, der DVU gelungen, „ihre Schulden mit meiner Hilfe von 14 auf eine halbe Million zu reduzieren“. Ob er daran denke, der NPD finanziell zur Seite zu stehen, mochte er nicht verraten.

Wie sich eine Woche nach dem Parteitag herausstellte, dürfte Voigts Statement eher in der Kategorie Beschwichtigung einzuordnen sein: Der „Spiegel“ meldete, dass die Immobilien, mit denen die Partei die Rückforderungen eventuell hätte absichern wollen, mit Hypotheken und Grundschulden bereits erheblich belastet seien. Und Schatzmeister Erwin Kemna räumte ein, dass bereits mehreren NPD-Mitarbeitern betriebsbedingt gekündigt worden sei.

Voigt wie Frey legten ein Bekenntnis zum „Deutschland-Pakt“ ihrer Parteien ab, der die Kandidaturen von NPD und DVU bis 2009 festlegt. „Punkt- und kommagenau“ werde der Pakt eingehalten, sagte Voigt. Das gelte auch für die Landtagswahl in Thüringen, auf die mancher NPDler ein begehrliches Auge geworfen hatte, obwohl diese Wahl der DVU zugesprochen ist. Und die konkurrierenden Republikaner? Deren Spitzenleute seien „schon längst keine Nationalisten oder Patrioten mehr“, meinte Voigt. Einziger Zweck der Partei sei es, Wahlerfolge der NPD zu verhindern. Er glaube nicht, dass es dem REP-Vorsitzenden Rolf Schlierer gelinge, alle Mitglieder oder auch nur den Großteil der Mitglieder aus dem Rechts-Bündnis herauszuhalten.

*Tomas Sager*

## Rechte Karrieren

*Zahlreiche NPD-Bundesvorstandsmitglieder sind bereits mit dem Gesetz in Konflikt geraten.*

Auf dem Bundesparteitag der NPD im November in Berlin wurde der Parteivorstand neu gewählt. Eine erkleckliche Anzahl der NPD-Bundesvorstandsmitglieder steht beziehungsweise stand im Visier der Justiz und/oder war in mittlerweile verbotenen neonazistischen Organisationen und Vereinen tätig.

Der wiedergewählte Bundesvorsitzende Udo Voigt musste sich vor dem Landgericht Stralsund verantworten. Bei einer Wahlkampfrede am 28. August 1998 hatte Voigt gefordert, die „Waffe in die Hand" zu nehmen, um das Vaterland gegen etablierte Politiker zu verteidigen. NPD-Bundesvize Holger Apfel bekam im Jahr 1996 wegen „Abhaltung verbotener und nicht angemeldeter Versammlungen und Aufzüge" eine Geldstrafe von 2 700 Mark. Er hatte den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch am 17. August 1996 in Worms „durchgeführt". Im November 2001 wurde ein Urteil gegen den NPD-Bundesvize Peter Marx, Geschäftsführer der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, rechtskräftig. Das Landgericht Darmstadt sah es als erwiesen an, dass Marx Unterstützer-Unterschriften für die NPD unter dubiosen Umständen gesammelt habe. Der Vorwurf lautete, Marx habe „vor allem ältere Menschen" angesprochen und behauptet, es gehe um eine Unterschriften-Aktion gegen den weiteren Zuzug von Ausländern. Faktisch aber habe es sich um eine Wahlliste für die NPD im hessischen Kommunalwahlkampf 1997 gehandelt.

Zum Trio der stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden gehört jetzt auch Sascha Roßmüller, ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten. Roßmüller war 1991 Gründungsmitglied des neonazistischen „Nationalen Blocks" (NB). Der NB wurde im Juni 1993 vom Bayerischen Innenministerium verboten. 1997 wurde Roßmüller wegen Verunglimpfung des Staates zu einer Geldstrafe von 1 200 Mark verurteilt. Vorgeworfen wurde ihm, durch die Verwendung eines Begriffes in einer öffentlichen Rede den rechtsstaatlichen Charakter der Bundesrepublik verneint zu haben.

Einschlägig hervorgetreten sind ebenfalls die Bundesvorstandsmitglieder Jürgen Rieger, Frank Schwerdt, Thomas Wulff, Jörg Hähnel, Stefan Köster, Thorsten Heise und Jürgen Pühse.

Der Hamburger Szene-Anwalt und Neonazi Jürgen Rieger war Mitglied der 1994 vom Bundesinnenministerium verbotenen neonazistischen Wiking-Jugend (WJ). Rieger wurde mehrfach verurteilt: wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Körperverletzung. Frank Schwerdt ist wegen Volksverhetzung vorbestraft und verbüßte eine neunmonatige Haftstrafe. Der Ex-NPD-Bundesgeschäftsführer führte die Gruppe „Die Nationalen e.V." als Vorsitzender. Die Neonazi-Organisation kam im November 1997 durch Auflösung einem Verbot zuvor. Thomas Wulff war Vorsitzender der 1995 verbotenen neonazistischen „Nationalen Liste" (NL) in Hamburg. Wulff ist unter anderem wegen Volksverhetzung verurteilt.

NPD-Bundespressesprecher Klaus Beier amtierte als stellvertretender Schatzmeister der 1992 verbotenen neonazistischen „Deutschen Alternative" (DA). Der Liedermacher Jörg Hähnel erhielt 1996 vom Amtsgericht Frankfurt wegen Sachbeschädigung eine Geldstrafe. Das Amtsgericht legte ihm das Sprühen von fremdenfeindlichen Parolen an öffentlichen Gebäuden zur Last. Stefan Köster, NPD-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern und Abgeordneter im Schweriner Parlament, war Mitglied der Wiking-Jugend (WJ). Im Mai 2006 verurteilte ihn das Amtsgericht Itzehoe wegen Körperverletzung zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung. Köster hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Der bekannte Neonazi Thorsten Heise war niedersächsischer Landesvorsitzender der FAP, die bis zu ihrem Verbot 1995 über ein Jahrzehnt eine der bedeutendsten Neonazi-Organisationen in der Bundesrepublik darstellte. Heise ist unter anderem verurteilt wegen Vergehen gegen das Waffengesetz, Versammlungsgesetz und wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung. Jens Pühse war Mitglied der Neonazi-Organisation „Nationalistische Front" (NF). Die NF wurde 1992 bundesweit verboten.

*Anton Maegerle*

# Braune Seilschaften

*Die Burschenschaft „Arminia Zürich zu Heidelberg" ist seit vielen Jahren Gastgeber von rechtsextremen Referenten.*

Die Burschenschaft „Arminia Zürich zu Heidelberg“ macht keinerlei Hehl aus ihrer Nähe zu rechtsextremen Kreisen und braunem Gedankengut. Man muss sich nur das Semesterprogramm anschauen, dann wird man auf Vorträge von ausgewiesenen Führungskräften der rechten Szene verwiesen. So fanden in diesem Jahr bereits Veranstaltungen mit dem Berliner Rechtsanwalt Wolfram Nahrath (NPD), seinerzeit aktiv in der 1994 verbotenen neonazistischen Wiking-Jugend, und dem strammen Rechtsaußen-Publizisten und -Intellektuellen Jürgen Schwab statt. Der frühere NPD-Chefideologe trat übrigens bereits 2003 auf einer Veranstaltung bei der „Arminia Zürich“ in Erscheinung. Für den 20. Januar nächsten Jahres wird bereits eine Zusammenkunft mit Andreas Molau, Mitarbeiter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion und stellvertretender Chefredakteur des NPD-Parteiblatts „Deutsche Stimme“ (DS) beworben, der eigentlich bereits im Vormonat als Referent vorgesehen war. Überhaupt fällt der kontinuierliche Kontakt zur „Deutschen Stimme“ auf, für die Jürgen Schwab über lange Zeit als Autor wirkte. Der 1999 verstorbene frühere Chefredakteur der „Deutschen Stimme“, Karl-Heinz Sendbühler, war Mitglied bei „Arminia Zürich“.

Die Seilschaften der Burschenschaft ins rechte Lager sind beileibe kein neues Phänomen. Bereits 1994 wurde Peter Dehoust (Mitherausgeber der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“) und der braune Liedermacher Frank Rennicke (dieser dann 2001 auch noch ein weiteres Mal) eingeladen, sodass die Aktivitäten bereits 1995 vom Verfassungsschutz festgehalten wurden. Im Verlauf der Jahre waren dann auch beispielsweise die verurteilten Rechtsterroristen Peter Naumann und Manfred Roeder auf der Gästeliste bei „Arminia Zürich“ zu finden. Zeitweilig mobilisierte man auch unter dem Namen „Europaburschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“. Unter dieser Gastgeberschaft fanden 2001 Wolfgang Juchem, war aktiv bei Aktion Freies Deutschland und der DLVH, der Schweizer Revisionist Gerd Zikeli und der ehemalige NPD-Chef und notorische Holocaust-Leugner Günter Deckert den Weg zu der Studentenverbindung.

Die „Arminia Zürich“-Kontakte reichten und gehen weit in die Kameradschaftsszene und in Kreise von Freien Nationalisten hinein. Die „Kameradschaft Bergstraße“ zum Beispiel bewarb die Veranstaltungen des studentischen Umfeldes und besuchte diese auch. Eine Schnittstelle quasi bildet Michael Dangel aus Heilbronn. Der heutige Steuerberater, langjähriges Mitglied bei „Arminia Zürich“, fungierte zeitweilig als deren Sprecher. Doch Dangel pflegte über einen gewissen Zeitraum auch Kontakte zur rechtslastigen Deutschen Partei um Ulrich Pätzold, bis im Oktober 2004 sich das „Nationale Bündnis Heilbronn“ (NBH) gründete, ein Zusammenschluss von regionalen Aktivisten aus Deutscher Partei, NPD und Jungen Nationaldemokraten (JN), ehemaligen Mitgliedern der Republikaner sowie der „Freiheitlichen Initiative Heilbronn“ (FIH). Im NBH-Vorstand fortan Michael Dangel.

**Burschenschaftsmitglied referiert bei der NPD**

Das „Nationale Zentrum Heilbronn“ ist ab sofort sehr aktiv in der Rhein-Neckar-Region. In den Jahren 2004 und 2005 kamen nacheinander der „Thule Seminar“-Kopf Pierre Krebs und die NPD-Spitzenfunktionäre Holger Apfel, Ulrich Eigenfeld sowie Peter Marx zu Vorträgen. Die NPD wiederum bediente sich bei „Arminia Zürich“. Beim Kreisverband Rhein-Neckar beispielsweise referierte vor einem Jahr AZ-Burschenschaftsmitglied Wolfgang Diehl über das Thema „Die Freikorps nach dem Ersten Weltkrieg“. Exakt dieses Referat wiederholte Diehl dann am 17. September 2006 auf Betreiben von der „Deutschen Liste Kurpfalz“, einem Zirkel um Günter Deckert und Stefan Wollenschläger, NPD Baden-Württemberg. Und bei dem wie auch die „Arminia Zürich zu Heidelberg“ so regem NBH mischt seit Anfang September eine weitere schillernde Person aus der Neonaziszene mit: Lars Käppler. Der 31-Jährige, im Frühjahr noch Direktkandidat für die NPD bei den baden-württembergischen Landtagswahlen, wurde zum Vorsitzenden gekürt.

*Horst Freires*

## Waffen-SS-Nostalgiker

*Beim diesjährigen „Heldengedenken" im brandenburgischen Seelow gab es immer wieder Auseinandersetzungen mit der Polizei.*

Erstmalig mussten die Neonazis in diesem Jahr mit ihrem „Heldengedenken" demokratischen Gegenaktivitäten in Halbe weichen. Die rechtsextremen Organisatoren des „Freundeskreis' Halbe" wählten Seelow, 70 Kilometer östlich von Berlin, als Ausweichort aus. In der Region um Seelow, am Westrand des Oderbruchs, tobte im April 1945 die größte Schlacht auf deutschem Boden. Sowjetische Streitkräfte kämpften unter hohen Verlusten den Weg nach Berlin frei. Nach Expertenschätzungen kamen bei der Schlacht um die Seelower Höhen rund 100 000 Zivilisten und Soldaten ums Leben.

Etwa 1 000 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet und den Niederlanden fanden sich gegen Mittag auf dem Puschkin-Platz in Seelow ein. Unter ihnen waren die NPD-Landtagsabgeordneten aus Sachsen, Holger Apfel, Gitta Schüßler und Winfried Petzold sowie deren Kameraden aus dem Schweriner Landtag, Udo Pastörs, Tino Müller, Birger Lüssow, Stefan Köster und einige der neuen Landtagsmitarbeiter. Der Großteil der teilnehmenden Neonazis kam aus der Brandenburger und Berliner Kameradschaftsszene, unter anderem angeführt von Jörg Hähnel, Eckart Bräuniger und René Bethage. Da Christian Worch die Versammlungsleitung führte, war die Veranstaltung ohnehin sehr kameradschaftsgeprägt. Thomas Gerlach, genannt ACE, aus Altenburg übernahm als Sprecher des Freundeskreises Halbe die Moderation.

Zum ersten Mal sprach der Schweriner Neu-Abgeordnete Birger Lüssow vor den Kameraden. Der ansonsten eher schweigsame Aktivist der Kameradschaft Festungsstadt Rostock fand sich nur schwer in seinen Redebeitrag über das „Gedenken unserer Helden" ein. Altnazi Otto Riehs dagegen, der von sich behauptet, sein Ritterkreuz bereits vor 1945 erhalten zu haben und nicht erst durch die Kameraden Worch und Co., hielt eine lange freie Rede und schimpfte über den Brandenburger Innenminister Schönbohm und die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie hätte einmal „lautstark gesagt, sie wolle Deutschland dienen", so Riehs. „Da hat sie sich versprochen, sie hätte sagen sollen", dozierte der unbelehrbare NS-Anhänger, „ich will an Deutschland verdienen!"

Der Trauermarsch der Neonazis setzte sich über zwei Kilometer in Richtung Friedhof in Gang. Vor der Friedhofsmauer wurden Kränze abgelegt und der Magdeburger Kameradschaftsführer Andreas Biere trug ein Gedicht vor. Daraufhin schwor Militärfreak Ralph Tegethoff seine Anhänger wie in jedem Jahr auch auf die Toten der Waffen-SS ein und gemeinsam stimmte man das „Lied der Deutschen" mit allen drei Strophen an. Während der Veranstaltung kam es am Rande immer wieder zu kleineren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Als Nazigegner sich dem Zug näherten, versuchten Berliner Neonazis, unter ihnen auch Jörg Hähnel, auf sie loszugehen. Die Polizei verhinderte das. Zeitweilig flogen drei Polizeihubschrauber über dem braunen Demonstrationszug. Beim Absingen der ersten Strophe stürmten Polizisten zum Mischpult, um die Musikanlage abzustellen.

Organisator Christian Worch regte sich nicht nur über die „beamteten Erbsenzähler" auf, sondern auch über die eigenen Kameraden, die sich den Auflagen der Behörden immer wieder widersetzten. Wütend wetterte Worch: „Auch meine Geduld ist begrenzt" und drohte, die Polizei zum Ausschluss dieser Personen aufzufordern.

*Andrea Röpke*

## Namenswechsel

*Frühere Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen muss sich umbenennen.*

Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen hat ihren Namen gewechselt und fungiert künftig unter der Bezeichnung Junge Landsmannschaft Ostdeutschland. Dies wurde jetzt nach der jüngsten Bundesversammlung der JLO bekannt gegeben. Hintergrund ist eine juristische Auseinandersetzung mit der Landsmannschaft Ostpreußen vor dem Landgericht Berlin. Die Vertriebenenorganisation hatte dort wegen missbräuchlicher Namensnutzung geklagt und erstinstanzlich Recht bekommen. Die

JLO war ursprünglich 1991 in Würzburg einmal als Jugendverband der Landsmannschaft Ostpreußen ins Leben gerufen worden. Nach augenfälliger Zuwendung zum rechtsextremen Spektrum erfolgte im Januar 2000 dann die Lossagung durch die Vertriebenen. So hat die JLO beispielsweise seit Mitte der 90er Jahre immer wieder federführend den Gedenkmarsch in Dresden anlässlich der Bombardierung durch die Alliierten am 13. Februar 1945 ausgerichtet, zu dem in den beiden vergangenen Jahren jeweils rund 5 000 Anhänger aus dem rechtsextremen Lager auf die Straße gegangen waren.

Die offen revanchistische JLO, die sich selbst als unabhängigen gesamtdeutschen Jugendverband bezeichnete, zählte zuletzt knapp 1 000 Mitglieder, untergliedert auch noch einmal in sieben Regionalverbände. Führende Kräfte der der NPD und rechtsgerichteten Burschenschaften nahe stehenden „Rechtsaußen" waren zuletzt Christian Schaar und Alexander Kleiber. Hervorgegangen aus der JLO sind der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN) Stefan Rochow sowie der sächsische NPD-Parlamentarier Jürgen W. Gansel. Die JLO besitzt seit einigen Jahren eine Bauernstelle im sachsen-anhaltinischen Steinbrücken. Der im Harz gelegene Ort diente schon mehrfach als Schulungsstätte, in der sich Kräfte aus verschiedenen rechtsextremen Lagern die Klinke in die Hand gaben. Denn auf eine bündische Kulturarbeit und Brauchtumspflege sowie auf kaderartige Fortbildungen hat die JLO stets Wert gelegt. Für das Wochenende am 25. und 26. November ist das nächste politische Seminar terminiert. Bisheriger postalischer JLO-Sitz war Bielefeld, künftig will man offiziell in Berlin residieren.

Der JLO-Blick richtet sich aber schon wieder auf den kommenden Februar in Dresden. Dort soll am 13. Februar mit einem Aktionsbündnis aus Freien Kräften und NPD trauernd marschiert werden. Bewusst weiche man nicht vom historischen Tag ab, auch wenn dieser nicht auf ein Wochenende falle, argumentiert die JLO, die aber erstmals zu bundesweiten dezentralen Solidaritätsaktionen unter dem Motto „Ein Licht für Dresden" aufruft und dazu bereits eine Internetseite freigeschaltet hat.

*Horst Freires*

## Ausland

# Hassprediger

*David Duke auf Vortragsreise in Osteuropa.*

Der US-Rechtsextremist David Duke wird nicht müde, seine hasserfüllten antisemitischen Verschwörungstheorien rund um den Globus zu verbreiten. Ein Jahr nach seinen öffentlichen Auftritten in Damaskus, wo er angeblich vor Mitgliedern des syrischen Parlamentes sprach, ist der ehemalige KuKluxKlan-Führer Anfang November für mehrere Vorträge nach Ungarn gereist, wo kürzlich Übersetzungen von Dukes Büchern erschienen sind. Geplant sind Auftritte in den Städten Debrecen, Pecs, Szeged, Miskolc sowie in Budapest, dort stehen noch Signierstunden in zwei einschlägigen Buchhandlungen auf dem Programm. Als Vorsitzender der von ihm selbst 2003 gegründeten, rassistischen „Bürgerrechtsbewegung" EURO ist Duke eine feste Größe im „White Supremcay"-Spektrum der USA und unterhält Kontakte zu internationalen Holocaust-Leugnern. Alle Auftritte in Ungarn werden über Dukes Website und das Neonazi-Portal Stormfront als so genannter „Live Stream" übertragen.

Ende Oktober hatte Duke der ukrainischen „Inter-Regional Academy of Personnel Management" (bekannt unter dem einheimischen Akronym MAUP) einen Kurzbesuch abgestattet, wo er einen Vortrag über „radikale jüdische Extremisten" – seine bevorzugte Bezeichnung für die Regierungen Israels und den USA – hielt. Die Hochschule gilt als größter Produzent antisemitischer Publikationen in der Ukraine und wird von Medien und internationalen Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert. Im Verlag der mit mehr als 50 000 Studenten größten privaten Universität des Landes erscheinen unter anderem verschiedene Auflagen von Dukes autobiographischem 700 Seiten-Traktat „My Awakening" und seinem 2002 im Selbstdruck veröffentlichten Buch „Jewish Supremacism". Im Juni 2005 war Duke, der an der MAUP seine Promotion im Fach Geschichte abgeschlossen hat, dort als Hauptreferent einer Konferenz mit dem Titel „Zionismus: Bedrohung für den Weltfrieden" aufgetreten. Zwei Jahre zuvor hatte die Akademie dem 56-Jährigen einen Ehrendoktortitel verliehen.

*Michael Funk*

## Grauzone

# „Schicksalsgemeinschaft"

*„Eine Gefahr für die Demokratie?" – Experten diskutieren in Stuttgart über die ideologische Ausrichtung und die Ziele der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit".*

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2005 im Rechtsstreit zwischen der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit" und dem Bundesland Nordrhein-Westfalen gelten deutlich schärfere Kriterien für die Aufnahme eines Presseorgans in Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder. Was das rechtsintellektuelle Leitorgan Deutschlands als „Sieg der Pressefreiheit" bejubelte, wollte die SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg nicht auf sich beruhen lassen – ihr Abgeordneter Stephan Braun beantragte die Wiederaufnahme der „Jungen Freiheit" in den Verfassungsschutzbericht des Landes und lud für den 17. November 2006 zur öffentlichen Anhörung über die Zeitung nach Stuttgart.

Die Landesvorsitzende der SPD in Baden-Württemberg sowie Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Ute Vogt leitete die Anhörung unter der Fragestellung ein: Stellt die „Junge Freiheit" eine Gefahr für die Demokratie und eine Herausforderung für die politische Bildung dar? Die Antwort von Seiten der beteiligten Wissenschaftler fiel recht eindeutig aus. Die Wochenzeitung hat sich in der Tonart gemäßigt und gibt sich ein seriöses Erscheinungsbild, um in der Zielgruppe des deutschen Konservatismus Einfluss zu erreichen und weiterhin respektable Interviewpartner zu gewinnen. Allerdings sind ihre Ziele die gleichen geblieben: Die Verschiebung der politischen Koordinaten in Richtung einer anderen Republik. Dabei verlegt sie das Gewicht in einem Maße vom Individuum auf ein vorausgesetztes Kollektiv (Volk, Nation, Leitkultur…), das mit den freiheitlichen Intentionen des Grundgesetzes als kaum vereinbar erscheint.

Helmut Kellershohn vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) hob als Merkmal des völkischen Nationalismus der „Jungen Freiheit" hervor, dass dessen Grundlagen sich jeder rationalen Diskussion und Entscheidung entziehen würden. So erklärt beispielsweise der JF-Autor Götz Kubitschek: „Identität etwa ist keine Privatangelegenheit. Sie ist nicht herstellbar, kein Akt der freien Entscheidung (…) Das Kollektive, das Wir als Größe, der man nicht entrinnen kann, kehrt mit Macht zurück." Diese „Schicksalsgemeinschaft" bestimmt sich als ethnisch homogen und in Abstoßung des Fremden. Dahinter – so der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter von der Universität der Bundeswehr in Hamburg – stehe Carl Schmitts antipluralistische Definition des Politischen als Trennung von „Freund und Feind". Wer sich aber in dessen ideologische Nachfolge stellt, könne kaum die freiheitliche demokratische Grundordnung unterstützen.

**Varianten antidemokratischen Denkens bedrohen die Substanz einer freiheitlichen und pluralistischen Kultur**

Der Verfasser dieses Artikels thematisierte bei der Anhörung in Stuttgart das Geschichtsverständnis der „Jungen Freiheit". (Online-Portal internetgegenrechts.de). Hindernisse auf dem erstrebten Weg zur „selbstbewussten Nation" sieht die Wochenzeitung demnach in einer Geschichtsvermittlung, die den Deutschen gründlich den Stolz ausgetrieben habe. In der Wendung gegen „68 und die Folgen" ergehen sich die JF-Autoren regelmäßig in verbaler Inkontinenz gegen „öffentlich finanzierte Volkspädagogen", „geschichtspolitische Amokläufer" und „Nationalmasochisten". Dagegen gestellt wird ein verklärender Mythos aus Heldentaten der Vergangenheit mit einer Reihung nationaler Leitfiguren – als „Gedächtnis der Nation" (Karlheinz Weißmann), in dem Störendes an den Rand gerückt wird. Dabei liefert die „Junge Freiheit" keinen Geschichtsrevisionismus als Holocaustleugnung, bietet allerdings in den Bereichen Kriegsschuldfrage und Kriegsführung oft genug Aussagen, die mit den Ergebnissen der anerkannten Zeitgeschichtsforschung kaum in Einklang zu bringen sind.

Sind Beobachtung und Erwähnung durch den deutschen Verfassungsschutz probate Mittel der Auseinandersetzung mit den genannten Inhalten? Albert Scherr von der Pädagogischen Hochschule in Freiburg äußerte Zweifel: Einerseits sei eine „formelle Markierung" des problematischen Charakters der „Jungen Freiheit" durch Erwähnung in Verfassungsschutzberichten sinnvoll, weil die

kulturrassistischen und völkisch-nationalistischen Gehalte vieler Beiträge nicht auf den ersten Blick erkennbar sind. Andererseits könne die extensive Auslegung der Meinungs- und Pressefreiheit durch das Bundesverfassungsgericht sich auf die politische Bildung als Verbündeten berufen: Eines ihrer Hauptaxiome bestehe im pädagogischen Optimismus, dass gerade heterogene politische Positionen im Medium der offenen Gesellschaft rational und kontrovers ausgetragen werden können. Daher sei zu fragen, ob die inhaltliche Auseinandersetzung nicht angemessener durch Einrichtungen wie die Landeszentralen für politische Bildung oder Wissenschaftliche Hochschulen zu leisten sei – besonders, weil eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenrechtsverletzungen derzeit kein verbindliches Element der pädagogischen Ausbildung darstelle.

Auch Martin Bachhofer, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V., plädierte für eine offensive pädagogische Thematisierung von autoritären und extremistischen Orientierungen. Die wirksamste Prävention liege grundsätzlich in einer demokratischen Schulkultur und außerschulischen Bildungsarbeit, die Mitwirkung zulasse, Selbstreflexion anrege und die Entwicklung persönlicher Kompetenzen unterstütze.

Abschließend erläuterten Vertreter der Landesämter für Verfassungsschutz Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, welche die „Junge Freiheit“ in ihren Jahresberichten aufgeführt hatten, die Beweggründe dafür. Gerade subtile Varianten antidemokratischen Denkens würden die Substanz einer freiheitlichen und pluralistischen Kultur bedrohen. Angesichts dessen gebe der Verfassungsschutz lediglich Warnhinweise, um Sensibilitäten in der Gesellschaft wach zu halten: Mehr könne und dürfe nicht sein Auftrag sein. – Darüber herrschte in der Abschlussdiskussion Einigkeit. Angeregt wurde eine Plattform zur Auseinandersetzung mit rechtsintellektuellen Inhalten, zum Beispiel als Projekt, das die „Junge Freiheit“ über einen festgelegten Zeitraum analysiert und auf dieser Grundlage Informationsmaterialien insbesondere für Lehrerinnen und Lehrer sowie Journalistinnen und Journalisten erstellt.

*Michael Pechel*

**Demokratische Initiativen**

## Aktuell wie eh und je

*Im Anne-Frank-Zentrum in Berlin wird eine neue Dauerausstellung gezeigt.*

Lässt sich bei Jugendlichen heutzutage überhaupt noch echtes Interesse für das Schicksal der Anne Frank und für die Judenverfolgung durch die Nazis generell wecken? Die Frage kann bejaht werden – zumindest bezogen auf die neue Dauerausstellung im Berliner Anne-Frank-Zentrum, die Anfang November eröffnet worden ist.

„Anne Frank. hier & heute“ ist die Präsentation überschrieben, denn gerade der Gegenwartsbezug wird in der Ausstellung betont. Selbstverständlich kommt auch der zeithistorische Bezug nicht zu kurz. Der erste Abschnitt ist in Bild- und Textdokumenten der Familie Frank auf der einen, den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft, Judenverfolgung und dem Zweiten Weltkrieg auf der anderen Seite gewidmet.

Doch der zweite Ausstellungsteil verbindet die historische Person Anne Frank auf geschickte Weise mit der aktuellen Gegenwart: In kurzen, auf Monitoren eingespielten Filmsequenzen kommen fünf Berliner Jugendliche zu Wort, alle etwa in Anne Franks Alter. Da gibt es den 16-jährigen Junior aus Kamerun, der mit seiner Schwester in einem Wohnprojekt lebt, seit die Eltern beide Kinder nicht mehr versorgen konnten und deshalb ins reiche Europa geschickt haben. Oder es äußert sich die 15-jährige Editha zum Thema Krieg, der 17-jährige Jonel redet von seiner Vorfreude aufs Wegziehen von Zuhause – und plötzlich wird auf dem sechsten Monitor das Konterfei von Anne Frank eingeblendet und eine Passage aus ihrem weltberühmten Tagebuch vorgelesen. Ganz unmittelbar lässt sich so erfahren, wie aktuell ist, was das junge Mädchen im Versteck in der Amsterdamer Prinsengracht Anfang der vierziger Jahre aufgeschrieben hat.

Neben Passagen über die beengten Lebensverhältnissen in jenem Hinterhaus und die Angst vor dem Entdecktwerden drehten sich ja auch Anne Franks Aufzeichnungen um „zeitlose“ Fragen wie Berufswunsch, Ideale, Verliebtheit, Konflikte mit Eltern und Schwester. Und die fünf Jugendlichen

im Berlin der Gegenwart setzen sich ebenso wie Anne Frank mit der Welt, in der sie leben, auseinander. „Krieg ist immer ungerecht“, sagt Editha, „es leiden immer nur die normalen Menschen darunter, die eigentlich mit dem Krieg nichts zu tun haben.“ Ein weiterer Abschnitt der Ausstellung, der Bilder aus dem Zweiten Weltkrieg, aber auch unter anderem aus dem aktuellen Irak-Krieg zeigt, untermauert diese Aussage nachdrücklich.

Die Präsentation wendet sich ganz besonders an Jugendliche. Doch auch Erwachsene, die sich inhaltlich intensiv mit Nationalsozialismus und Holocaust beschäftigt haben, werden in dieser didaktisch sehr gut gemachten Ausstellung Neues erfahren können oder Bekanntes unter einem anderen Blickwinkel wahrnehmen.

Gefördert wurde die neue Dauerausstellung aus dem entimon-Programm gegen Gewalt und Rechtsextremismus des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, von der Europäischen Union und dem Land Berlin.

*Gudrun Giese*

*Anne-Frank-Zentrum, Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin, Tel.: 030/2888656-10. Öffnungszeiten: 10.00 bis 18.00 Uhr (Oktober bis April, sonst bis 20.00 Uhr). Der Eintritt kostet 4, ermäßigt 2,50 Euro, eine Familienkarte 8 Euro.*

## Rezension

### Chronologie des Entsetzlichen

*Die Verfolgung und Vernichtung der Juden in unterschiedlichen europäischen Ländern und Regionen.*

Mittlerweile liegt eine Reihe ausgezeichneter Gesamtdarstellungen zur Judenverfolgung und Judenvernichtung zwischen 1933 und 1945 vor. Überwiegend schildern sie die Ereignisse mit einer Fixierung auf die Täterseite, wodurch die unmittelbaren Folgen für die Opfer von der Wahrnehmung bis zur Tötung schemenhaft bleiben. Eine Verkopplung beider Ebenen nimmt der in Los Angeles und Tel Aviv Geschichte lehrende Historiker Saul Friedländer in seinem Buch „Die Jahre der Vernichtung“ vor. Es handelt sich um den zweiten Teil von Friedländers Werk „Das Dritte Reich und die Juden“, dessen erster Band über die Jahre 1933 bis 1939 dem Autor neben anderen Auszeichnungen den Geschwister-Scholl-Preis einbrachte.

Den Zeitraum zwischen 1939 und 1945 stellt Friedländer streng chronologisch dar. Die 700 reinen Textseiten wurden in die Teile „Terror“, „Massenmord“ und „Shoah“ gegliedert und beschreiben in zehn Kapiteln jeweils einen Zeitabschnitt. Darin finden sich Schilderungen zu den unterschiedlichsten Regionen Europas, wo die Judenverfolgung und Judenvernichtung umgesetzt wurde. Geschickt wechselt Friedländer von einer allgemeinen Ebene zur persönlichen Ebene und wieder zurück. Dadurch entsteht ein anschauliches wie verständliches Bild von Dimension und Schrecken der Ereignisse.

Eigene Archivforschungen und neue Erkenntnisse findet man in dem Werk nicht. Es trägt vielmehr bekanntes Wissen in eindrucksvoller Weise zusammen. Dabei positioniert sich Friedländer auch deutlich: Als entscheidenden Akteur bei der Eskalation der Judenverfolgung sieht er Hitler an. Entgegen der Mehrheit der anderen Historiker datiert Friedländer die Entscheidung zum Judenmord auf die zweite Dezemberwoche 1941. Klar spricht er auch die Bedeutung der Kollaboration in verschiedenen europäischen Ländern an. Und schließlich weist Friedländer auch immer wieder auf den unterschwelligen Antisemitismus und die schlichte Passivität der Kirchen hin.

Besondere Beachtung verdient, das mit den Berichten über bekannte und unbekannte Verfolgte auch den Opfern eine Stimme gegeben wird. Etwas irritierend wirkt allerdings die rein historisch-chronologische Strukturierung, die mitunter die Darstellung von Handlungssträngen zerreißt. Das Fehlen von Kapitelüberschriften beraubt dem Buch darüber hinaus den Charakter eines Nachschlagewerkes. Gleichwohl handelt es sich um ein beeindruckendes und wichtiges Werk zu einem Thema, das angesichts seines Schreckens nicht dem Vergessen anheim fallen darf.

*Armin Pfahl-Traughber*

*Saul Friedländer: Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden 1939-1945. C.H. Beck Verlag, München, 2006, 869 S., 34,90 EUR*

**Blick in die Zeitgeschichte**

## Ungesühnte Verbrechen

*Mit dem Überfall Japans auf Pearl Harbor vor 65 Jahren begann für die USA der Krieg gegen Japan – das Kaiserreich befand sich seit den 30er Jahren in einem brutalen Eroberungskrieg.*

Für die amerikanischen Marineangehörigen kamen die Angriffe völlig überraschend. Selbst die Admiräle schienen keine vertraulichen Informationen bekommen zu haben, was bis heute angesichts des hochgerüsteten US-Spionagenetzes immer noch hin und wieder angezweifelt wird. Tatsache ist, dass am 7. Dezember 1941 – also vor 65 Jahren – hunderte japanischer Kampfflugzeuge sich auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor stürzten und acht Schlachtschiffe der US-Marine versenkten oder einsatzunfähig machten. An dem Angriff beteiligt waren auch japanische Kriegsschiffe, die angeblich heimlich und unbemerkt die lange Reise von Japan zur Südküste der Hawaii-Insel Oahu westlich von Honolulu gemacht hatten. Mindestens 3 500 amerikanische Soldaten ertranken, verbrannten oder erstickten damals in der Flammenhölle. Es war ein Überraschungsangriff – ohne Kriegserklärung – und praktisch das Ende der US-Pazifikflotte. Für die USA begann mit dem Überfall der Krieg gegen Japan, der erst mit den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 endete. Das NS-Regime stellte sich an die Seite seines „Achsenpartners" Japan und erklärte der Weltmacht USA am 11. Dezember 1941 den Krieg.

Das Kaiserreich Japan befand sich bereits seit den 30er Jahren mitten in einem Eroberungskrieg. Es hatte Korea und weite Teile Chinas unterjocht und grauenhafte Verbrechen verübt. Koreanische Frauen mussten für japanische Soldaten als Prostituierte zur Verfügung stehen. Zehn Millionen Chinesen waren als Zwangsarbeiter in japanischen Rüstungsfirmen und Bergwerken im Einsatz. Bei der Eroberung der damaligen Hauptstadt Chinas Nanking im Dezember 1937 wütete die japanische Soldateska unter der Zivilbevölkerung. 300 000 Kinder, Frauen und Männer wurden vergewaltigt, gefoltert, verstümmelt, mit Benzin übergossen und angezündet. Speziell die „Einheit 731" war wegen ihrer Grausamkeiten berüchtigt und gefürchtet. Angehörige dieser Spezialtruppe infizierten chinesische Gefangene mit Cholera- und Typhuserregern. Danach wurden die Opfer bei lebendigem Leib ohne Betäubung seziert. In anderen Fällen wurden Arme oder Beine so lange in minus 27 Grad kaltes Wasser gedrückt, bis die Gliedmaßen gefroren waren. Man wollte erfahren, was Soldaten aushalten konnten. Bei anderen Versuchen ging es darum, wie viel Blut einem Menschen entnommen werden kann, bis er stirbt.

Erst im Jahre 1997 begann vor einem Bezirksgericht in Tokio ein Prozess wegen dieser Verbrechen. 180 Angehörige chinesischer Opfer hatten die japanische Regierung verklagt. Sie wollen eine kleine finanzielle Entschädigung und eine Entschuldigung – ohne Erfolg. Wie in anderen Fällen wegen japanischer Verbrechen erklärte auch dieses Gericht, Individuen hätten kein Recht, die japanische Regierung zu verklagen.

In Japan hat es nur ein Strafverfahren wegen solcher Verbrechen gegeben. Er begann 3. Mai 1946 vor einem alliierten Gericht in Tokio gegen 19 hohe Offiziere und neun Zivilisten, die zwischen 1928 und 1945 in japanischen Spitzenämtern tätig gewesen waren. Die Ankläger warfen den Beschuldigten unter anderem Massaker an amerikanischen, vietnamesischen, französischen und philippinischen Kriegsgefangenen und australischen Krankenschwestern sowie Massenvergewaltigungen vor. Während der Hauptverhandlung starben einige Angeklagte. Am 12. November 1946 ergingen die Urteile: sieben Mal Todesstrafe, 16 Mal lebenslang, zwei Zeitstrafen. Damit endete in Japan die Aufarbeitung der eigenen blutigen Geschichte. Schon wenig später begannen konservative Politiker, Wirtschaftsbosse und Journalisten, die eigene Vergangenheit zu bagatellisieren. Alles sei nicht so schlimm gewesen. Das internationale Strafgericht habe kein Recht gesprochen, sondern Rache genommen. Die hingerichteten Mörder und Mordgehilfen wurden und werden ebenso wie die 2,5 Millionen japanischen Kriegstoten der letzten 150 Jahre im Yasukuni-Schrein verehrt. Japans ehemaliger Ministerpräsident J. Koizumi verneigte sich jedes Jahr vor dem Schrein und den faschistischen Verbrechern. Und weil das in der Bevölkerung gut ankommt, wird auch sein Nachfolger Szinzo Abe bald in Festkleidung den Verbrechern seine Aufwartung machen. Proteste aus China und Korea stören da nicht.

*Heiner Lichtenstein*

## Meldungen

### Kameradschaft geht zur NPD

Vechta – Die Neonazi-Kameradschaft von Vechta unter dem Namen "Freie Nationale Vechta" hat ihre sofortige Auflösung bekannt gegeben. Aufgrund der gestiegenen Repression durch Polizei und Verfassungsschutz habe man sich zu diesem Schritt entschlossen, heißt es in einer Erklärung der FNV. Aus dem Schreiben geht zugleich hervor, dass alle bisherigen Kameradschafts-Aktivisten der NPD beitreten wollen. (hf)

### Von „pro Köln“ lernen

Bonn – Zu ihrer ersten ordentlichen Bundesversammlung traf sich die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ am 18. November in Bonn. „Pro Deutschland“ soll das Erfolgsrezept der „Bürgerbewegung pro Köln“, die bei der NRW-Kommunalwahl im September 2004 in der Domstadt 4,7 Prozent der Stimmen erreichte, auf andere Städte übertragen. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz sieht bei „pro Köln“ in seinem Jahresbericht 2005 „Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung“. „Pro Deutschland“-Bundesvorsitzender ist Manfred Rouhs, der bei „pro Köln“ als Fraktionsgeschäftsführer fungiert. Als Redner bei der Bundesversammlung in Bonn trat unter anderem Alfred Mechtersheimer auf, der den „Ausverkauf deutscher Unternehmen“ an internationale Finanzinvestoren beklagte. Geleitet wurde die Versammlung von Professor Tilmann Reichelt, der zuletzt auch aufgefallen war, als er zu Veranstaltungen des rechten Denkzirkels „Akademiekreis“ einlud. (ts)

### Finanzieller und personeller Aderlass

Großbritannien (Waltham Cross) – Die British National Party (BNP) steht offenbar vor größeren Finanzproblemen. Wie aus einem Bericht unabhängiger Buchprüfer im Auftrag der nationalen Wahlkommission hervorgeht, hat die rassistische Rechtsaußenpartei im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Rekorddefizit eingefahren und ist mit rund 52 000 Pfund Sterling (umgerechnet etwa 77 000 Euro) verschuldet. Gleichzeitig sanken die Mitgliederzahlen um 25 Prozent auf knapp 6000 Personen. Den ebenfalls dürftigen Einnahmen aus Spenden und Fundraising-Initiativen stehen darüber hinaus deutlich gestiegene Betriebsausgaben gegenüber. BNP-Chef Nick Griffin führt die Finanzkrise auf die hohen Kosten der Kampagnen zur Europawahl 2004 und den britischen Unterhauswahlen 2005 zurück, wie in einer dem Gutachten beigefügten Stellungnahme ausgeführt wird. Andeutungen einer vor kurzem aus der Partei ausgeschlossenen Stadträtin aus Birmingham über internes Missmanagement und mangelnde Transparenz der BNP-Konten bezeichnete der Vorsitzende hingegen als haltlos. (mf)

## Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030 ) 255 94 174
Fax: (030 ) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030 ) 255 94 100
Fax: (030 ) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030 ) 255 94 130
Fax: (030 ) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de